

Zusammenfassung der Redebeiträge zur Vorlage 030/2024

Stadtrat | 05.09.2024

Herr Kascha (Oberbürgermeister):

Der Oberbürgermeister äußert seinen Widerspruch gegen den Beschluss 3024 des Stadtrates, welcher die Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung Wernigerode betrifft. Er begründet diesen Widerspruch mit verschiedenen Bedenken, darunter die Auswirkungen auf die Besetzung von Pflichtstellen wie in Kindertagesstätten, der Feuerwehr und der Verwaltung. Der Oberbürgermeister warnt vor langen Verfahrenswegen, die bis zu vier Monate dauern könnten, was zu erhöhten Kosten und mehr Arbeitsaufwand führen würde. Er betont die Notwendigkeit, als Arbeitgeber flexibel zu sein, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und schlägt vor, eine unterjährige Diskussion über den Stellenplan zu ermöglichen, anstatt einmal im Jahr darüber zu entscheiden. Abschließend bittet er, die Entscheidung des Stadtrates zu überdenken, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten.

Herr Radünzel (Amtsleiter Hauptamt):

Herr Radünzel schildert ein konkretes Beispiel, das die negativen Auswirkungen des aktuellen Verfahrens zeigt: Ein erfahrener Feuerwehrmann kündigt unerwartet, und ein voll ausgebildeter Feuerwehrmann aus Brandenburg möchte nach Wernigerode ziehen und dort arbeiten. Aufgrund bürokratischer Hürden und Verzögerungen bei der Personalratsbeteiligung kann die Stelle jedoch nicht rechtzeitig besetzt werden. Dies führt dazu, dass die Feuerwehr für mehrere Monate unterbesetzt ist, was zu erheblichen Belastungen und Verzögerungen bei den Einsätzen führt. Radünzel kritisiert, dass die bürokratischen Prozesse zu zeitaufwendig sind und schlägt vor, die Diskussion über den Stellenplan und das Personalkonzept im Hauptausschuss und Stadtrat zu führen, um effizienter vorzugehen.

Herr Linde (CDU):

Herr Linde betont, dass der Beschlussvorschlag nicht dazu gedacht ist, negative Signale zu senden oder die Verwaltung zu schwächen, sondern vielmehr darauf abzielt, die Transparenz und Effizienz in der Personalplanung zu steigern. Er verweist auf die hohen Personalkosten in Wernigerode im Vergleich zu anderen Städten und argumentiert, dass es im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vertretbar sei, frei werdende Stellen kritisch zu prüfen. Er fordert, dass die Verwaltung die Notwendigkeit jeder neuen Stellenbesetzung

begründet, um sicherzustellen, dass die Verwaltung effizient und wirtschaftlich arbeitet, ohne die Handlungsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Herr Thurm (BUKO/Haus & Grund):

Herr Thurm äußert Zweifel an der praktischen Umsetzbarkeit des Vorschlags, über jede einzelne frei werdende Stelle im Stadtrat zu entscheiden. Er sieht darin eine Überforderung des Gremiums, da die nötige Detailkenntnis über die internen Abläufe der Verwaltung oft fehlt. Thurm betont, dass es vor allem eine Frage des Vertrauens in die Verwaltung sei, und dass die bisherigen Verfahren, die Personalplanung im Hauptausschuss zu besprechen, ausreichend seien. Seine Fraktion lehnt die Vorlage ab, da sie das vorgeschlagene Verfahren für zu kompliziert und ineffizient hält.

Herr Kascha (Oberbürgermeister):

Der Oberbürgermeister reagiert auf die Argumente von Herrn Linde. Er weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag die Verwaltung durch zusätzliche Verfahrensschritte schwächen würde. Er betont, dass die jetzigen Verfahren, bei denen alle Stellen durch den Stadtrat geprüft werden, bereits gut funktionieren. Zudem widerspricht er der Annahme, dass es sich bei den aktuell zu diskutierenden Stellen um eine Testphase handle. Vielmehr sei zu erwarten, dass zukünftig viele Stellen auf die gleiche Weise behandelt werden müssen, was die Abläufe unnötig verkomplizieren und die Effizienz der Verwaltung mindern würde.

Herr Boks (SPD):

Herr Boks spricht sich ebenfalls gegen die Vorlage aus und argumentiert, dass es ausreichend bestehende Instrumente gibt, um Stellen zu überprüfen, wie den jährlichen Stellenplan und das Personalentwicklungskonzept. Er warnt davor, dass der Stadtrat sich durch die neue Beschlussvorlage in Widerspruch zu den bereits getroffenen Entscheidungen über den Stellenplan setzen würde. Boks betont, dass der Stellenplan bereits ein wirksames Kontrollinstrument sei und es unnötig wäre, zusätzliche bürokratische Hürden zu schaffen, die letztlich der Effizienz der Verwaltung schaden könnten.

Herr Schatz (BfW/FDP):

Herr Schatz widerspricht Herrn Boks und dem Oberbürgermeister. Er argumentiert, dass der Vorschlag von Herrn Linde sinnvoll sei, da er es dem Stadtrat ermögliche, über einzelne Stellen gezielt zu diskutieren und zu entscheiden, anstatt den gesamten Stellenplan in seiner Komplexität auf einmal zu behandeln. Schatz betont, dass die Einführung eines Dreileesungsprinzips für Personalentscheidungen sinnvoll wäre, da es eine gründlichere und differenzierte Diskussion über die Notwendigkeit einzelner Stellen ermöglicht. Er sieht in

diesem Ansatz keine Gefahr einer Lähmung der Verwaltung, sondern vielmehr eine Chance, effizienter und transparenter zu arbeiten.

Dr. Bosse (BUKO/Haus & Grund):

Dr. Bosse spricht sich gegen den Vorschlag aus und betont, dass es für den Stadtrat eine Überforderung sei, über jede einzelne Stelle zu entscheiden. Er vergleicht die Situation mit der Medizin und argumentiert, dass es wichtig sei, die eigenen Kompetenzgrenzen zu erkennen. Für ihn erfordert eine solche Entscheidung ein tiefes Verständnis der internen Abläufe und Arbeitsprozesse in der Verwaltung, was der Stadtrat in dieser Detailtiefe nicht leisten könne. Er plädiert dafür, die bestehenden Instrumente, wie den Stellenplan, konsequent zu nutzen, anstatt sich auf ein Verfahren einzulassen, das zu einer Überforderung führen könnte.

Herr Dorff (Dezernent):

Herr Dorff kritisiert die vorgeschlagene Dreileitung für Personalentscheidungen als ineffizient. Er weist darauf hin, dass die zeitlichen Verzögerungen durch das Dreileitungsprinzip insbesondere über längere Pausen wie Sommer- oder Winterferien erheblich wären, was die schnelle Nachbesetzung wichtiger Stellen erschwert. Er führt als Beispiel eine Erzieherstelle an, die aufgrund eines Beschäftigungsverbots sofort nachbesetzt werden müsste, was durch das neue Verfahren jedoch stark verzögert würde. Zudem betont er, dass kein Ausschuss in der letzten Sitzungsperiode diese Vorlage befürwortet habe, da sie handwerkliche Mängel enthalte. Dorff plädiert dafür, die Vorlage abzulehnen und sich auf eine effizientere Diskussion in Zukunft zu konzentrieren.

Herr Linde (CDU):

Herr Linde verteidigt die Vorlage und betont, dass es besser sei, über unbesetzte Stellen zu sprechen, anstatt Unsicherheit bei den bereits besetzten Stellen zu erzeugen. Er weist darauf hin, dass der Stadtrat in der letzten Legislaturperiode diesen Beschluss gefasst habe, was den Willen des Stadtrates widerspiegele. Linde sieht in der Vorlage eine Möglichkeit, frei werdende Stellen gezielt zu prüfen, ohne die Mitarbeiter zu verunsichern, und hofft, dass der Stadtrat diesen Willen beibehält.

Herr Kascha (Oberbürgermeister):

Der Oberbürgermeister äußert erneut seine Verwunderung über die Diskussion und betont, dass der Stellenplan das richtige Instrument sei, um Personalentscheidungen zu treffen. Er sieht es als Aufgabe des Stadtrates, im Rahmen der Haushaltsberatungen detailliert über den Stellenplan zu diskutieren. Der Oberbürgermeister kritisiert die Idee, dass der Stadtrat über einzelne Stellen entscheiden soll, und betont, dass der bestehende Stellenplan bereits die nötige Transparenz und Kontrolle bietet, um diese Diskussionen zu führen.

Herr Schatz (BfW/FDP):

Herr Schatz verteidigt erneut die Vorlage von Herrn Linde. Er argumentiert, dass die Diskussion über einzelne Stellen weitaus einfacher und transparenter sei, als den gesamten Stellenplan zu behandeln. Schatz kritisiert, dass es widersprüchlich sei, einerseits die Kompetenz des Stadtrates zur Entscheidung über einzelne Stellen in Frage zu stellen, während man gleichzeitig erwartet, dass der Stadtrat in der Lage ist, über den gesamten Stellenplan mit hunderten Stellen zu entscheiden. Er sieht in der unterjährigen Diskussion über konkrete Stellen eine Möglichkeit, effizienter und gezielter auf die Anforderungen der Verwaltung einzugehen.

Herr Boks (SPD):

Herr Boks weist darauf hin, dass es widersprüchlich sei, die bestehenden Instrumente wie den Stellenplan und das Personalentwicklungskonzept zu verabschieden und dann durch die neue Beschlussvorlage im Nachhinein in Frage zu stellen. Er kritisiert, dass der Stadtrat bisher nicht ausreichend Gebrauch von der Möglichkeit gemacht habe, während der Stellenplan-Diskussion konkrete Fragen zu bestimmten Abteilungen und Aufgabenbereichen zu stellen. Für ihn wäre es ein „Kasper-Theater“, die Verwaltung durch zusätzliche bürokratische Hürden zu belasten, anstatt die bestehenden Instrumente effektiv zu nutzen.

Herr Winkelmann (CDU):

Herr Winkelmann erinnert daran, dass der Stadtrat schon vor einigen Jahren ein Personalentwicklungskonzept gefordert habe, das schließlich nach langer Wartezeit vorgelegt wurde. Dennoch sei es unzureichend geblieben, da viele der erwarteten Stellenstreichungen nicht in der erhofften Form umgesetzt wurden. Winkelmann begrüßt den früheren Beschluss des Stadtrates, frei werdende Stellen genauer zu prüfen, und sieht in der aktuellen Vorlage die logische Fortsetzung dieser Bemühungen. Er plädiert dafür, die Vorlage zu unterstützen und betont, dass bei Bedarf Anpassungen vorgenommen werden könnten, sollte sich das neue Verfahren als problematisch herausstellen.

Dr. Bosse (BUKO/Haus & Grund):

Dr. Bosse widerspricht Herrn Schatz und argumentiert, dass es nicht einfacher sei, über eine einzelne Stelle zu entscheiden als über den gesamten Stellenplan. Er betont, dass es wichtig sei, die eigenen Kompetenzgrenzen zu erkennen, und dass der Stadtrat nicht die nötige Expertise habe, um über jede einzelne Stelle fundierte Entscheidungen zu treffen. Dr. Bosse sieht das vorgeschlagene Dreileesungsprinzip als unnötig kompliziert und plädiert dafür, die vorhandenen Instrumente wie den Stellenplan konsequent zu nutzen, um die Personalentscheidungen effizient zu gestalten.

Herr Radünzel (Amtsleiter Hauptamt):

Herr Radünzel korrigiert einige Darstellungen der vorherigen Redner und betont, dass die Reduzierungsziele im Personalkonzept nicht verfehlt, sondern sogar vorzeitig erreicht wurden. Er kritisiert, dass die Diskussion um einzelne Stellen nicht zielführend sei, da Personalstellen eng mit den zu erfüllenden Aufgaben verknüpft sind. Wenn Aufgaben weiter bestehen, müsse auch das Personal vorhanden sein, um diese zu erfüllen. Radünzel warnt davor, dass durch die Reduzierung von Personal an einzelnen Stellen die verbleibenden Mitarbeiter überlastet werden, was zu einem erhöhten Krankenstand führen könnte. Er plädiert dafür, die Aufgaben als Grundlage für Personalentscheidungen zu betrachten und nicht isoliert über einzelne Stellen zu diskutieren.